

„Eine Föderation von Nationalstaaten“

Portugals Weg in die EU und seine Position in der Finalitätsdebatte

Mit seiner berühmten Rede an der Berliner Humboldt-Universität am 12. Mai 2000 stieß der deutsche Außenminister Fischer eine europaweite Debatte über die Finalität der Europäischen Integration an. Inzwischen haben alle Mitgliedstaaten der EU ein dezidiertes Konzept von der künftigen Gestalt Europas entwickelt. Während die Reformvorschläge der großen Mitgliedstaaten dem interessierten Fachpublikum über Fernsehen, Zeitungen und Fachzeitschriften gut bekannt sind, finden die Vorstellungen der kleinen Staaten der EU zumindest in Deutschland kaum Beachtung. Ein Vertreter dieser „Kleinen“ in der Union ist Portugal.

Im Folgenden soll die Haltung Portugals in der europäischen Zukunftsdebatte herausgearbeitet und analysiert werden. Um die aktuelle Position des Landes innerhalb der EU besser bestimmen zu können, steht am Anfang ein geschichtlicher Abriss von Portugals Weg in die Gemeinschaft und seiner Entwicklung in derselben bis heute. Danach erfolgt eine kurze Analyse der wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des EG-Beitritts. Um überprüfen zu können, inwiefern sich das portugiesische Konzept von der künftigen Gestalt der EU am nationalen Vorbild orientiert, wird anschließend die innere territoriale Organisation Portugals einer näheren Betrachtung unterzogen. Erst vor diesem Hintergrund sollen schließlich die portugiesischen Reformvorschläge vorgestellt und beurteilt werden. Ziel dieses Aufsatzes ist auch herauszuarbeiten, wie die jüngere portu-

■ Seit der Nelkenrevolution des Jahres 1974 und der sich anschließenden revolutionären Phase, in deren Folge die jahrzehntelange Salazar-Diktatur in Portugal zum Sturz kam, hat sich das westlichste Land der EU gewaltig verändert. Eine sich rasch stabilisierende Demokratie, ein nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung sowie der sukzessive Beitritt des Landes zu Europarat, EG und Europäischer Währungsunion haben Portugal innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem festen Bestandteil der Europäischen Familie werden lassen, in der sich das Land ungeachtet seiner derzeitigen wirtschaftlichen Probleme eine gesicherte Position erhalten möchte. Als Hindernis auf diesem Wege könnte sich indes die seit jeher zentralistische Struktur Portugals erweisen, die dem Föderalismusprinzip, das nach der Eröffnung der Debatte über die Finalität der Europäischen Integration als Richtschnur etabliert wurde, klar zuwiderläuft. Inwieweit das sich gegen eine schleichende Marginalisierung wehrende Portugal mit seinem eigenen Modell einer „Föderation von Nationalstaaten“, also einer Föderalisierung der Union mit institutionellen „Hintertürchen“, zu überzeugen vermag, wird die zukünftige Entwicklung sowohl innerhalb der Union als auch innerhalb Portugals selber zeigen.

giesische Geschichte, die Auswirkungen des EG-Beitritts und die innere territoriale Struktur des Landes sich in seinen aktuellen Vorstellungen vom zukünftigen Europa widerspiegeln. Ferner soll geklärt werden, welche Motive dem portugiesischen Modell, einer „Föderation von Nationalstaaten“, zugrunde liegen. Steckt dahinter eine idealistische Vision von der Zukunft Europas, oder entspringt das Konzept doch eher einem nationalen Interessenskalkül?

Wie eingangs schon angedeutet, findet Portugal in der deutschen politischen Berichterstattung kaum Aufmerksamkeit. Ganz ähnlich verhält es sich auch in der politikwissenschaftlichen Betrachtung des Landes. Die Literaturlage ist dementsprechend dürftig. Das kleine Land an der Südwestspitze Europas steht sowohl in der deutschen als auch in der englischsprachigen Fachliteratur ganz im Schatten seines „großen Bruders“ Spanien. Im Hinblick auf die jüngere Geschichte des Landes – Revolution, Demokratisierungsprozess und Weg in die EU – ist die Literaturlage noch relativ gut. Fachliteratur aus der Politikwissenschaft zur portugiesischen EU-Politik ist dagegen Mangelware. Und was die aktuelle Position in der Zukunftsdebatte betrifft, muss man fast ganz auf Sekundärliteratur verzichten. Stattdessen bleibt nur der Rückgriff auf Parteiprogramme und Reden portugiesischer Spitzenpolitiker. Letztere finden sich allerdings gut dokumentiert – meist in englischer oder portugiesischer Sprache – auf der Website des Verfassungskonvents der EU. Insofern mag diese Arbeit auch ein wenig dazu beitragen, einen Missstand zu beheben, indem sie vorhandene Primärquellen zur aktuellen portugiesischen Europapolitik bündelt und auswertet.

■ **Der lange Weg in die Europäische Gemeinschaft**

Portugal gehört mit Spanien und Griechenland zu den jüngsten Demokratien Westeuropas. Zwar wurde in der Hauptstadt Lissabon bereits am 5. Oktober 1910 die erste parlamentarische Republik auf europäischem Boden ausgerufen, doch nach 16 von Instabilität und politischen Wirren geprägten Jahren fand das demokratische Intermezzo durch einen Militärputsch ein jähes Ende. Erst nach einer fast ein halbes Jahrhundert währenden Diktatur ermöglichte aber-

mals das Militär die Rückkehr der Demokratie.¹⁾ Mit der weitgehend unblutigen „Revolution der Nelken“²⁾ am 25. April 1974 war die künftige Gestalt der II. portugiesischen Republik jedoch längst nicht eindeutig geklärt. Einer zweijährigen revolutionären Phase, die mit der Verabschiedung der Verfassung endete, folgte eine Übergangsphase, die von ständigen verfassungsrechtlichen Änderungen geprägt war. Erst mit der Wahl einer durch absolute Mehrheit legitimierten Regierung 1987 und der EG-Mitgliedschaft wurde schließlich eine Phase innenpolitischer Stabilität eingeläutet, die bis heute anhält.

Ursachen des Staatsstreichs und revolutionäre Phase (1974–1976)

Der Sturz des jahrzehntelang herrschenden Regimes durch die „Bewegung der Streitkräfte“ (Movimento das Forças Armadas, MFA) erfolgte innerhalb weniger Stunden und praktisch ohne Widerstand. Der von António de Oliveira Salazar gegründete „Neue Staat“ (Estado Novo) war zu diesem Zeitpunkt schon soweit ausgehöhlt, dass er, obwohl die Rebellen den zunächst noch regierungstreuen Truppen an Zahl und Bewaffnung unterlegen waren³⁾, wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach. Dem Nachfolger des 1968 schwer verunglückten Staatsoberhauptes Salazar, Marcelo Caetano, war es nicht gelungen, die ganz und gar auf die Person Salazars zugeschnittene Diktatur zu stabilisieren. „Sein Versuch, liberale Reformen einzuleiten, ohne den autoritären Staat grundlegend zu demokratisieren, war gescheitert.“⁴⁾

Ausgangspunkt der schwelenden Krise und Unzufriedenheit im Militär waren die zermürbenden Kolonialkriege in Afrika, die 1961 mit einem blutigen Aufstand in Angola ihren Anfang genommen hatten. Die steigenden Kriegskosten zwangen das Regime, die portugiesische Wirtschaft für ausländisches Kapital zu öffnen und in den Weltmarkt zu integrieren. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Modernisierung und Liberalisierung der Wirtschaft führten – entgegen den Absichten des Regimes – jedoch zu einer Destabilisierung seiner autoritären Herrschaft. Die Internationalisierung der Wirtschaft, die Ausbreitung „westlicher“ Konsumgewohnheiten und Lebensformen ließen die Diskrepanz zwischen einer sich öffnenden Ökonomie und den geschlossenen, auto-

- 1) Ausführliche Darstellungen der I. Republik und der Rechtsdiktatur des *Estado Novo* finden sich u.a. in A.H. de Oliveira Marques, *Geschichte Portugals und des Portugiesischen Weltreichs*, Stuttgart 2001; Ralf Säger, *Portugals langer Weg nach „Europa“*, Frankfurt a.M. 1994 sowie Fernando Rosas (Hrsg.), *Vom Ständestaat zur Demokratie*, München 1997.
- 2) Ihren Namen verdankt die Nelkenrevolution den roten Nelken, die das Volk auf der Straße in die Gewehrläufe der vorbeimarschierenden Soldaten steckte.
- 3) Vgl. Axel Schönberger, „Die portugiesische Geschichte von den Anfängen bis zur Nelkenrevolution im Abriß“, in: Dietrich Briesemeier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 153.
- 4) Manuel von Rahden, „Portugiesische Zeitgeschichte: von der Nelkenrevolution bis zum Jahr 1997“, in: Dietrich Briesemeier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 214.

- 5) Vgl. Wolfgang Merkel, „Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt 1993. Griechenland, Portugal und Spanien auf dem Weg zurück nach Europa“, in: *ApuZ*, Bd. 51, 1990, S. 4.
- 6) Vgl. A.H. de Oliveira Marques, *Geschichte Portugals und des portugiesischen Weltreichs*, S. 641ff.
- 7) Die MFA setzte sich dagegen aus eher niederrangigen Offizieren zusammen.
- 8) Die Junta war ein vom MFA und den konservativen Generälen gemeinsam gebildetes Gremium, welches als Übergangsregierung fungierte.
- 9) Vgl. Christiano German, Portugal: „Vom ‚revolutionären Laboratorium für Europa‘ in die Spitzengruppe der Euro-Kandidaten“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 3/1997, S. 866.

ritären Herrschaftsstrukturen immer deutlicher zu Tage treten.⁵⁾ Der Ruf nach politischen Reformen wurde zunehmend lauter. Nach und nach formierte sich eine breite zivile Opposition gegen das Regime. Eigentlicher Träger der Revolution war jedoch die Bewegung der Streitkräfte, eine durch die aussichtslosen Kolonialkriege militärisch desillusionierte und beruflich unzufriedene Gruppe von Offizieren. Die MFA war zwar in ihren Anfängen ideologisch kaum geprägt, erfuhr im Vorfeld des Putsches aber eine zunehmend sozialistische Ausrichtung.⁶⁾ Das führte schon bald nach dem Staatsstreich zu ständigen Machtkämpfen mit dem ersten Präsidenten der Republik, General António de Spínola, der wie ein Großteil der Generalität den konservativ orientierten Kreisen des Militärs zuzurechnen war.⁷⁾ Streitpunkte waren vor allem die Entkolonialisierung, die Neuordnung der Medien und die Agrarreform. Spínola konnte seine Vorstellungen nicht durchsetzen und trat aus Protest gegen die sozialistischen Maßnahmen der „Junta zur nationalen Rettung“ (Junta de Salvação Nacional)⁸⁾ nach fünfmonatiger Amtszeit zurück. Am 11. März 1975 versuchte er, durch einen Staatsstreich wieder an die Macht zu gelangen, scheiterte aber und flüchtete ins Exil. Im Zuge des gescheiterten Putsches von rechts gewannen die radikal-sozialistischen Kräfte in der politischen Führung die Oberhand. Die Junta wurde durch einen „Revolutionsrat“ mit erweiterten Kompetenzen ersetzt, der weite Teile der portugiesischen Wirtschaft nach sozialistischem Vorbild verstaatlichte. Im Süden des Landes kam es unter Führung der Kommunistischen Partei (PCP) zu illegalen Landnahmen im großen Stil, die nachträglich als „Agrarreform“ gesetzlich legitimiert wurden.

Die ersten freien Wahlen am 25. April 1975 zur verfassungsgebenden Versammlung zeigten jedoch, dass die Mehrheit der Bevölkerung radikal-sozialistischen Ideen ablehnend gegenüber stand. Der populäre Führer der gemäßigten Sozialisten Mário Soares führte einen Wahlkampf gegen die weit links stehenden Kräfte von MFA und PCP und machte seine Partei mit 37,9 Prozent der Stimmen zur stärksten parlamentarischen Kraft. Zweitstärkste Partei wurde mit 26,4 Prozent der Stimmen der ebenfalls gemäßigte liberal-konservative PPD/PSD.⁹⁾ Die Wahlniederlage

der radikalen Kräfte und Stärkung der gemäßigten Parteien in den Gründungswahlen stellte einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung dar.

Nichtsdestotrotz hielten die politischen Richtungskämpfe auch nach den Wahlen an, da die PCP und linksextreme Kräfte an ihrem radikalen Kurs, der Schaffung einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, festhielten. Im November 1975 spitzte sich die Lage erneut zu, als nach einer Massenmobilisierung des PCP große Teile der Landarbeiterschaft in einen Streik trat und die Verfassunggebende Versammlung belagerte. Die Konfrontation eskalierte am 25. November 1975 in einem Putsch der Linksradiكالen, der von den überwiegend gemäßigten Teilen der Streitkräfte niedergeschlagen wurde. In der Folgezeit wurden kommunistische Anhänger aus allen wichtigen Positionen in Politik, Militär und Medien entfernt. Mit diesem endgültigen Sieg der gemäßigten politischen Kräfte und der Verabschiedung der neuen Verfassung am 2. April 1976 durch die Verfassunggebende Versammlung kann die revolutionäre Phase als abgeschlossen gelten.

Die Übergangsphase – verfassungsrechtliche Änderungen (1976–1986)

Die Übergangsphase war von anhaltender politischer Instabilität geprägt. In nur neun Jahren wechselten sich zehn Regierungen ab, die oft nach wenigen Monaten Amtszeit schon wieder auseinander brachen.¹⁰⁾ Ursache für diese Misere waren auch die in der Verfassung angelegten Widersprüche. Der Verfassungstext war ein mühsam zustande gekommener Kompromiss, der versuchte, sowohl kapitalistischen wie sozialistischen Vorstellungen gerecht zu werden, was sich in der politischen Praxis jedoch als miteinander unvereinbar erwies. So bekannte sich die Verfassung einerseits zur parlamentarischen Demokratie und enthielt andererseits noch immer Ziele und Einrichtungen (Agrarreform, Revolutionsrat) der Revolution. Der Grundrechtskatalog orientierte sich am Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, während der Teil über die Wirtschaftsordnung der DDR-Verfassung von 1968 entlehnt wurde.¹¹⁾

Die Verfassung war auch ein Kompromiss zwischen den Parteien und dem Militär, das nach Durch-

10) Vgl. Manuel von Rahden, *Portugiesische Zeitgeschichte*, S. 245.

11) Axel Schönberger, „Portugals Übergang zur Rechtsstaatlichkeit: Entstehung und Entwicklung der Verfassung“, in: Dietrich Briese-meier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 199.

führung der Revolution sowie der Niederschlagung zweier Putschversuche weiterhin auf eine starke politische Rolle pochte und diese auch durch institutionelle Garantien abgesichert sehen wollte. Ausdruck dieser Forderungen waren die Institutionalisierung des Revolutionsrats als oberstem Verfassungshüter und die starke Stellung des Präsidenten. Letzterer wurde in allgemeinen Wahlen direkt auf fünf Jahre gewählt. Er fungierte als Vorsitzender des Revolutionsrats und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Der Präsident ernannte und entließ den Ministerpräsidenten und konnte das Parlament auflösen. Zusätzlich war er mit einem suspensiven Vetorecht ausgestattet.¹²⁾ Das Parlament beschloss den Haushalt und übte die legislative Gewalt aus – abgesehen vom militärischen Bereich, wo die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz dem Revolutionsrat vorbehalten war. Verantwortlich für den Entwurf dieses semipräsidentiellen Regierungssystems mit ausgeprägtem Kompetenzsplitting zwischen Präsident und Parlament waren historische Erfahrungen: Zum einen die von Parlamentsdominanz, Parteienstreit und politischer Instabilität geprägte I. Republik und zum anderen die absolute Vormachtstellung der Exekutive im Estado Novo.¹³⁾ Beides sollte für die Zukunft vermieden werden. De facto führten die weiten Macht- und Kontrollbefugnisse des Präsidenten aber zu einem ständigen Ringen um den politischen Kurs zwischen Staatsoberhaupt und Regierungschef. Das System neigte zur Blockade. Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten waren auch der entscheidende Grund für das Scheitern der ersten aus freien Parlamentswahlen hervorgegangenen Regierung unter dem Sozialisten Soares im Juli 1978. Bis Dezember 1979 folgten drei kurzlebige Präsidialregierungen ohne parlamentarische Basis.

Ein allmählicher politischer Wandel vollzog sich unter der Regierung der „Demokratischen Allianz“ (AD), ein Wahlbündnis von Sozialdemokraten (PSD) und Christdemokraten (CDS), das bis April 1983 regierte. Neben den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft¹⁴⁾ hatte sich die AD vor allem eine grundlegende Verfassungsreform auf die Fahnen geschrieben, die letztendlich gegen den Willen des Präsidenten General Enanes und der Kommunisten durchgesetzt werden konnte. „Die Verfassungsrevision [...] verla-

12) Vgl. Ralf Säger, *Portugals langer Weg*, S. 294.

13) Vgl. Wolfgang Merkel und Volker Stiehl, „Das politische System Portugals“, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 1999, S. 591.

14) Portugal war am 22. September 1976 bereits in den Europarat aufgenommen worden und hatte am 28. März des folgenden Jahres – noch vier Monate vor Spanien – formell um Aufnahme in die EG gebeten.

gerte die Akzente vom semipräsidentiellen zum parlamentarischen Regierungssystem. Es erfolgte eine Machtverschiebung vom Präsidenten hin zu Regierung, Parlament und Parteien.¹⁵⁾ Die Befugnisse des Staatspräsidenten wurden stark beschnitten. Er konnte fortan keine Präsidialkabinette ohne parlamentarische Legitimation mehr einsetzen. Das Recht auf Abberufung der Regierung und Auflösung des Parlaments wurde stark eingeschränkt.¹⁶⁾ Der Revolutionsrat wurde aufgelöst und das Militär dem Primat der Politik untergeordnet. An seine Stelle trat ein ziviler Staatsrat als Beratungsorgan für den Präsidenten und das Verfassungsgericht. Die Bekenntnisse zum Sozialismus als Staatsziel wurden abgeschwächt und der Begriff des Rechtsstaats wurde eingeführt. „Sieger“ der Verfassungsrevision waren Parlament und Parteien, eindeutiger „Verlierer“ hingegen das Militär, das seine politische Rolle ganz aufgeben musste und fortan ziviler Kontrolle unterstand. Im Bereich der Wirtschaft wurden sozialistische Postulate zwar nicht komplett gestrichen, aber zumindest soweit relativiert, dass sich in der Praxis eine weitere ökonomische Liberalisierung vollziehen konnte. Banken, Versicherungen und einige Industriezweige wurden reprivatisiert und die Agrarreform wurde durch weitgehende Landrückgabe an die ehemaligen Besitzer rückgängig gemacht. Enteignete Fabrikbesitzer bekamen zumindest eine Entschädigung. Allerdings existierten neben privaten Unternehmen staatliche und genossenschaftliche Produktionsformen weiter. Die neue Wirtschaftsordnung beinhaltete sowohl kapitalistische als auch sozialistische Elemente.

Die Regierung der AD wurde im April 1983 erneut von Mário Soares durch eine große Koalition von PS und PSD abgelöst. Eines der Hauptanliegen des sogenannten „Bloco Central“ war die Anbindung Portugals an die EG, die mit der Unterzeichnung des Beitrittsabkommens am 12. Juni 1985 vollendet werden konnte. Am Tag danach trat der PSD aus der Koalition aus. Inoffiziell war der „Bloco Central“ schon vorher durch einen Führungswechsel im PSD zerbrochen. Mit Aníbal Cavaco Silva hatte ein Mann vom rechten Parteiflügel das Ruder übernommen, dessen politische Vorstellungen nicht mehr mit denen der Sozialistischen Partei zu vereinbaren waren. Aus

15) Ebd. S. 591f.

16) Vgl. Ralf Säger, *Portugals langer Weg*, S. 386.

Rücksicht auf die Beitrittsformalitäten fand der offizielle Koalitionsbruch aber erst am Tag nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags statt. Aus den nachfolgenden Parlamentswahlen ging der PSD als stärkste Partei hervor. Cavaco Silva entschloss sich zur Bildung einer Minderheitsregierung, deren Programm ganz an dem bevorstehenden Beitritt zur EG am 1. Januar 1986 ausgerichtet war. Im Februar 1986 fanden die Präsidentschaftswahlen statt, aus denen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Soares vom PS erstmals ein Zivilist als Sieger hervorging. Entgegen ursprünglicher Befürchtungen führte diese „cohabitation“ nach französischem Vorbild aber nicht zur Blockade, sondern ganz im Gegenteil zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit. Soares sah sich in der Rolle eines unparteiischen Moderators und suchte die konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierung. Als äußeres Zeichen dieses neuen Amtsverständnisses hatte er sogar sein Parteibuch abgegeben.¹⁷⁾ In der Folgezeit profitierte die Minderheitsregierung der PSD vom einsetzenden konjunkturellen Aufschwung und der Uneinigkeit der linken Parteien. Bei vorgezogenen Neuwahlen im Juli 1987 erzielte die Partei von Cavaco Silva mit 50,2 Prozent der Stimmen eine knappe absolute Mehrheit. Dies bedeutete zugleich einen „epochalen Einschnitt in der Geschichte des demokratischen Portugal“¹⁸⁾, da die Zeit der instabilen Koalitions- und Minderheitsregierungen zu Ende war und eine Phase dauerhafter politischer Stabilität begann. Zudem symbolisierte der Wahlsieg des liberal-konservativen PSD einen endgültigen Bruch mit der linken Rhetorik und den kommunistischen Gedankenspielen der Revolution von 1974.¹⁹⁾

Stabilisierung der Demokratie – Portugal in den neunziger Jahren

Cavaco Silva – Wirtschaftsreformen und Verfassungsänderung

Neben den klaren Mehrheitsverhältnissen und der friedlichen „cohabitation“ der Regierungspartei mit Staatspräsident Soares war es auch die großzügige Unterstützung der Europäischen Union, die zur Entwicklung stabiler politischer Verhältnisse in Portugal beitrug. Das Land erhielt als eines der ärmsten Mitglieder der Gemeinschaft bevorzugten Zugang zu den

17) Vgl. Christiano German, „Portugal: Die Entwicklung zur Spitzengruppe der Euro-Kandidaten“, S. 871.

18) Walther L. Bernecker, „Spanien und Portugal zwischen Regime-Übergang und stabilisierter Demokratie“, in: ApuZ Bd.51, 1990, S. 26.

19) Vgl. ebd.

Strukturfonds und Sonderprogrammen für seine Industrie und Landwirtschaft. Die Integration in den gemeinsamen Markt und die Hilfen aus den EU-Fonds wirkten als Katalysator für einen anhaltenden Wirtschaftsaufschwung. Positive Auswirkungen zeitigten auch die weitere Reprivatisierung öffentlicher Unternehmen und die Liberalisierung des Arbeitsmarkts. Die Voraussetzungen für diese Strukturreformen hatte eine erneute Verfassungsreform im Jahr 1989 geschaffen.

„Tatsächlich wurde die Verfassung lediglich der ohnehin schon erreichten Verfassungswirklichkeit angepasst.“²⁰⁾ Die in der Verfassung verankerten Sozialismuspostulate waren Lippenbekenntnisse geblieben und entsprachen längst nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die einst formulierten Ziele einer „klassenlosen Gesellschaft“ (Art. 1), „Übergang zum Sozialismus“ (Art.2) sowie die „Überführung der wichtigsten Produktionsmittel, des Grund und Bodens und der Naturschätze in Gemeineigentum“ (Art. 80c, 290f.) wurden aufgehoben. Die Restbestände sozialistischer Rhetorik wurden aus der Verfassung entfernt und durch marktwirtschaftliche Prinzipien ersetzt. Die Privatinitiative erhielt den Vorrang vor staatlichen Produktionsformen, die Reprivatisierung staatlicher Unternehmen wurde erleichtert und Wettbewerb trat an die Stelle staatlicher Preisregulierung.²¹⁾ In institutioneller Hinsicht wurde die Machtfülle des Staatspräsidenten weiter beschnitten. Das Staatsoberhaupt hat heute kaum noch direkte politische Gestaltungsmöglichkeiten und bleibt weitgehend auf repräsentative Aufgaben und die Rolle des überparteilichen Beobachters beschränkt.²²⁾ Die zweite Verfassungsrevision schuf endgültig die Voraussetzungen für eine Freie Marktwirtschaft und führte Portugal in die „konstitutionelle Normalität Westeuropas“²³⁾. Eine kleinere dritte Verfassungsänderung wurde 1992 vorgenommen. Sie diente vor allem dazu, die portugiesische Verfassungsordnung mit der Europäischen Union in Einklang zu bringen. Der neue Artikel 7 regelt – ähnlich dem Artikel 23 des deutschen Grundgesetzes – die Abgabe von Hoheitsrechten an die EU.

Im Januar 1991 wurde Mário Soares erneut mit überwältigender Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt. Angesichts der guten Erfahrungen und

20) Axel Schönberger, „Portugals Übergang zur Rechtsstaatlichkeit“, S. 204.

21) Vgl. Ralf Säger, *Portugals langer Weg*, S. 392.

22) Vgl. ebd. S.393f.

23) Wolfgang Merkel und Volker Stiehl, „Das politische System Portugals“, S. 592.

24) Vgl. Christiano German, „Portugal: Die Entwicklung zur Spitzengruppe der Euro-Kandidaten“, S. 875.

fruchtbaren Zusammenarbeit mit Soares hatte die sozialdemokratische Regierungspartei auf einen Gegenkandidaten verzichtet. Die Parlamentswahlen neun Monate später gewann wieder Cavaco Silva mit absoluter Mehrheit, so dass die „cohabitation“ eine Neuauflage erfuhr. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4,5 Prozent und einer Arbeitslosenquote von fünf Prozent fiel die Bilanz der Regierung Silva im EU-Vergleich für Portugal sehr positiv aus.²⁴⁾ In der Folgezeit wurden aber zusehends auch die Schattenseiten dieses Erfolgs sichtbar. Die rigorose Stabilitätspolitik zur Bekämpfung des Haushaltsdefizits, der Staatsverschuldung und der Inflation brachte soziale Härten mit sich, von denen gerade die unteren Einkommenschichten betroffen waren. Präsident Soares sah sich genötigt, einer allzu liberalen Wirtschaftspolitik des Ministerpräsidenten unter Zuhilfenahme des präsidentiellen Vetorechts entgegenzuwirken. Das Ende der Legislaturperiode war zunehmend von einem Machtkampf zwischen Präsident und Ministerpräsident gekennzeichnet – von einer konstruktiven „cohabitation“ konnte längst keine Rede mehr sein. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 1995 trat Cavaco Silva nicht mehr an. Seine Ambitionen richteten sich inzwischen ganz auf das Amt des Präsidenten, welches im nächsten Jahr neu besetzt werden musste. Sein Nachfolger als PSD-Vorsitzender und Spitzenkandidat wurde der frühere Verteidigungsminister Fernando Nogueira. Die Wahlen endeten für die Regierungspartei in einem Debakel. Sie verlor fast ein Drittel ihrer Wähler. Klarer Wahlsieger dagegen war die sozialistische Partei mit ihrem Spitzenkandidaten Antonio Guterres. Trotz großer Erfolge in der Wirtschaftspolitik und der Stabilisierung der Demokratie strafte die Portugiesen ihre Regierung ab. Gründe dafür waren Ermüdungserscheinungen des PSD nach acht Jahren Alleinregierung sowie auftauchende Vorwürfe von Korruption und Ämterpatronage. Der PS von Guterres konnte dagegen mit dem Versprechen, die liberalen Wirtschaftsreformen sozial abzufedern, breite Zustimmung erzielen.

Antonio Guterres – vom europäischen Musterschüler zum Sorgenkind

Der PS hatte bei den Parlamentswahlen einen überraschenden Sieg errungen, die absolute Mehrheit jedoch

knapp verfehlt. Ministerpräsident Guterres bildete daher eine Minderheitsregierung. In der Außen- und vor allem in der Europapolitik konnte er sich der Unterstützung des PSD gewiss sein, da beide Parteien auf diesem Gebiet schon seit langem praktisch identische Positionen vertraten.²⁵⁾ Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien für den pünktlichen Beitritt zur Europäischen Währungsunion genoss weiterhin höchste Priorität. Innenpolitisch sollte der rigide Stabilitätskurs Cavaco Silvas durch eine Politik des sozialen Ausgleichs ergänzt werden. Bei Projekten wie der Rentenerhöhung und dem staatlich garantierten Mindesteinkommen für sozial schwache Familien fand der Ministerpräsident parlamentarische Unterstützung bei dem aus Kommunisten und Grünen bestehenden Linksbündnis.

25) Vgl. Manuel von Rahden, „Portugiesische Zeitgeschichte“, S. 242.

Erstmals entstammten Ministerpräsident und Staatspräsident derselben Partei. Zwar konnte Mario Soares bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 1996 nicht mehr antreten. Aber es fand sich in Jorge Sampaio, damals noch Bürgermeister von Lissabon, ein ähnlich populärer Nachfolger. Obwohl der Kandidat des PSD, Cavaco Silva, im Wahlkampf vor einer schädlichen Machtkonzentration der Sozialisten gewarnt hatte, konnte Sampaio mit Unterstützung der gesamten Linken des portugiesischen Parteienspektrums bereits im ersten Wahlgang die Wahl für sich entscheiden. Sampaio tat es seinem Vorgänger gleich und gab – wenn auch symbolisch – sein Parteibuch ab, um seine überparteiliche Stellung als „Präsident aller Portugiesen“ zu unterstreichen. Das Staatsoberhaupt galt schon vor seiner Wahl als vehementer Befürworter der europäischen Integration und demonstriert dies bis heute in zahlreichen europapolitischen Reden. Auch in der aktuellen Debatte um die Finalität der Europäischen Union übernimmt er eine überaus aktive Rolle.

Die Bilanz der ersten Jahre unter der Regierung Guterres war durchaus positiv. Das Fortführen der Stabilitätspolitik der Vorgängerregierung führte zu Erfolgen bei der Bekämpfung der Inflation und des Haushaltsdefizits. Die Wirtschaft erfuhr durch weitere Liberalisierung und Privatisierung wertvolle Impulse, während soziale Ausgleichsmaßnahmen sich (noch) nicht negativ auf die Haushaltslage niederschlugen. Im Referenzjahr 1997 meisterte Portugal

- sogar die Maastrichtkriterien, so dass das einstige „Armenhaus Europas“ zum Gründungsmitglied der Währungsunion aufstieg. Mit dem Erreichen dieses Ziels verließ die Regierung jedoch zusehends den stabilitätsorientierten Kurs. Strukturreformen wurden verschleppt, notwendige Einschnitte in das Sozialsystem vermieden. Die Ausgaben für Verwaltung, Sozialsysteme und Subventionen stiegen stark an.²⁶⁾ Besonders die übermäßige Anhebung der Gehälter und Pensionen von Staatsbediensteten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und die explodierenden Kosten im Gesundheitswesen führten zu immer größeren Haushaltslöchern.²⁷⁾ Dennoch gewann Guterres die Parlamentswahlen 1999 erneut klar, wobei er die absolute Mehrheit nur um ein Mandat verfehlte. Der Wahlsieg wurde jedoch nicht genutzt, um die überfälligen Strukturreformen anzupacken. Anstatt auf Haushaltskonsolidierung und die Einhaltung des Stabilitätspakts zu pochen, wurden „lieber klammheimlich die Statistiken gefälscht“²⁸⁾. Portugal entwickelte sich in rasanter Weise vom europäischen Musterschüler zum Sorgenkind der Gemeinschaft. Im Jahr 2001 hat Portugal als erstes Land überhaupt den Stabilitätspakt gebrochen und das erlaubte Haushaltsdefizit von drei Prozent des BIP um 1,1 Prozent überschritten.²⁹⁾ Anfang 2002 blieb der „Blaue Brief“ der EU-Kommission nur deshalb aus, weil Deutschland durch massiven politischen Druck eine eigene Verwarnung verhinderte, und eine alleinige Rüge Portugals politisch nicht durchführbar gewesen wäre.³⁰⁾

26) Vgl. Helmut Wittelsbürger, „Regierungswechsel in Portugal – Trend zu konservativen Parteien in Europa setzt sich fort“, in: *KAS Auslandsinformationen*, 4/2002, S. 43f.

27) Vgl. Europäische Kommission, Generaldirektorat für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten, Bericht „European Economy, Public finances in EMU“, Nr.3/2002, Portugl, S. 184.

28) Cornelia Bolesch, „Die Akte Portugal, Wenn die EU nicht aufpaßt, wird der Haushalts-sünder Lissabon Nachahmungstäter finden“, in: *SZ*, Ausgabe vom 26.07.02.

29) Vgl. „Im Land des höchsten Staatsdefizits herrscht Katerstimmung“, in: *FAZ*, Ausgabe vom 06.09.02, S. 14.

30) Vgl. Helmut Wittelsbürger, „Regierungswechsel in Portugal“, S. 43.

Durão Barroso – notwendige Reformen und europapolitische Kontinuität

Die Quittung für die schlechte Wirtschaftslage bekam die Regierung Guterres bei den Kommunalwahlen Ende 2001, die zu einem erdrutschartigen Sieg des PSD führten. Weil zwischen kommunaler und nationaler Ebene keine regionale Gebietskörperschaft existiert, haben Kommunalwahlen in Portugal große politische Bedeutung. Ministerpräsident Guterres übernahm die persönliche Verantwortung für das Wahldebakel und trat zurück. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im März 2002 wurde der PSD stärkste Fraktion und stellt nun den Ministerpräsidenten. Durão Barroso führt seitdem eine Koalitionsregie-

rung mit dem rechts-konservativen Partido Popular (PP). Seiner Regierung obliegt es nun, die Staatsfinanzen zu sanieren und das Land auf einen Wachstumspfad zurückzuführen, wobei Einschnitte in das Sozialsystem vorprogrammiert sind. Dazu muss die Regierung den innenpolitischen Widerstand des PS unter ihrem neuen Vorsitzenden Eduardo Ferro Rodrigues überwinden. Außenpolitisch und insbesondere in der Europapolitik sind durch den Regierungswechsel hingegen keine Kursänderungen eingetreten. Die beiden großen Parteien ziehen diesbezüglich weiterhin an einem Strang. Dies belegen deutlich die europapolitischen Diskurse von Sampaio, Guterres und Barroso, die sich oft bis hin zur letzten Formulierung gleichen. Schon im Wahlprogramm des PSD wurde deutlich, dass die Europäische Integration weiterhin oberste Priorität genießen würde. Trotz großer wirtschaftlicher Probleme bekennt sich Portugal nach dem Regierungswechsel weiterhin eindeutig zur EU und ihren Regeln. Ein nationaler Alleingang wird kategorisch ausgeschlossen; statt dessen sieht das Land seinen Platz im Zentrum Europas.³¹⁾

Portugal heute – ein Zwischenfazit

Die momentanen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Portugals und der Bruch des Stabilitätspakts dürfen nicht den Blick aufs Ganze verstellen. Portugal zählt zu den jüngsten Demokratien Westeuropas. Es hat sich innerhalb kürzester Zeit von einer Diktatur zu einem demokratischen Staat entwickelt, der nunmehr fest in der europäischen Familie verankert ist. Diese Entwicklung kann – wie dargestellt – in drei Etappen eingeteilt werden. Nach einer turbulenten, aber weitgehend unblutigen Phase folgte eine Übergangsphase, in der die Fortentwicklung der revolutionären Verfassung den Weg zu Demokratie, Marktwirtschaft und EU-Mitgliedschaft eröffnete. Mit der Aufnahme in die Gemeinschaft und den Wahlen 1987 stabilisierten sich die politischen Verhältnisse endgültig. Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Misere ist ein Rückfall in „alte Zeiten“ nicht denkbar. Das Bekenntnis zu Demokratie, Marktwirtschaft sowie zur Europäischen Integration wird von einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens getragen und ist unumstößlich.

31) Vgl. Wahlprogramm des PSD für die Parlamentswahlen 2002, Kapitel „Recolocar Portugal no centro da construção europeia“, S. 173 bis 179, im Internet abrufbar unter <<http://www.psd.pt>>.

■ Kosten und Nutzen des EG-Beitritts

Wesentlichen Anteil an der positiven Entwicklung Portugals in politischer und – von den letzten Jahren einmal abgesehen – auch wirtschaftlicher Hinsicht hatte unbestritten der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Schon die erste frei gewählte Regierung unter Soares war sich der Chancen bewusst, die ein EG-Beitritt für Portugal in sich barg, und hatte von Anfang an eine Politik der Anbindung an Europa verfolgt. Nachdem Portugal im September 1976 in den Europarat aufgenommen worden war, richtete Soares im März 1977 das formelle Beitritts-gesuch an die EG. Die Regierung versprach sich vom Zugang zum europäischen Markt und den zu erwartenden EG-Finanzhilfen einen Schub für die eigene Wirtschaft und damit verbunden eine Stabilisierung der noch in den Kinderschuhen steckenden demokratischen Ordnung.³²⁾

In der Tat kam es in den Jahren nach dem Beitritt zu einem bemerkenswerten Wirtschaftsaufschwung. Von 1986 bis 1991 lag die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP bei 4,2 Prozent und damit weit über dem EG-Durchschnitt von 3,1 Prozent.³³⁾ Infolge der Kapitalimporte in Form ausländischer Direktinvestitionen und Finanzhilfen der EG kam es Ende der achtziger Jahre zu einem Wirtschaftsboom. Die Konsolidierung der Demokratie, die Liberalisierung der Wirtschaft und vor allem die Integration in die Europäische Gemeinschaft ließen Portugal für ausländische Investoren höchst interessant erscheinen. Die Investoren aus der EG machten dabei ab 1986 über zwei Drittel der Gesamtinvestitionen aus.³⁴⁾ Ausschlaggebend für die Investitionsentscheidung war neben den positiven ökonomischen Bedingungen dabei auch, dass die EG-Investoren zusätzlich in den Genuss der Strukturfonds kamen und so indirekt subventioniert wurden.³⁵⁾ Als das innerhalb der Gemeinschaft am wenigsten entwickelte Land profitierte Portugal beträchtlich von den EG-Strukturfonds (Fonds für regionale Entwicklung, Sozialfonds und landwirtschaftlicher Garantiefonds) sowie von Krediten der Europäischen Entwicklungsbank (EIB). Ende der achtziger Jahre war das Land größter Nettoempfänger der Gemeinschaft; das Ein- und Aus-

32) Vgl. Ralf Säger, *Portugals langer Weg*, S. 289.

33) Vgl. Wolfgang Merkel und Volker Stiehl, „Das politische System Portugals“.

34) Vgl. Ralf Säger, *Portugals langer Weg*, S. 572.

35) Vgl. ebd.

zahlungsverhältnis lag für Portugal bei 1 : 8.³⁶⁾ Von 1986 bis 1990 betrug der Nettotransfer aus dem EG-Haushalt durchschnittlich 1,24 Prozent des portugiesischen BIP.³⁷⁾

Der wirtschaftliche Aufschwung verstellte allerdings den Blick auf die Kehrseite der Medaille. Denn der EG-Beitritt zog auch negative Konsequenzen nach sich. Erstens machte sich die portugiesische Wirtschaft schnell in hohem Maße abhängig von den Finanzspritzen der EG. Zweitens stand den milliardenschweren Hilfszahlungen eine sich rasch verschlechternde Handelsbilanz mit den EG-Partnern gegenüber. Denn nach dem Beitritt 1986 setzte in Portugal ein Importsog aus der EG ein. Zum einen konnten nach dem Abbau der Handelsschranken die wettbewerbsfähigeren Volkswirtschaften der Altmitglieder ihre höherwertigen und günstigeren Produkte im weniger weit entwickelten Portugal schneller und besser absetzen als umgekehrt. Zum anderen hatte die EG über Vorzugsabkommen ihren Markt für portugiesische Produkte schon vor dem Beitritt soweit geöffnet, dass das Land durch die Aufnahme selbst keine weiteren nennenswerten Exportsteigerungen mehr erzielen konnte. So hatte Portugal schon vor 1986 über 60 Prozent seiner Industrieprodukte zollfrei auf den europäischen Markt bringen können.³⁸⁾ Schon 1972 – also noch vor der Nelkenrevolution – hatte das Land ein Freihandelsabkommen mit der EG geschlossen und damit eine Umlenkung seiner Handelsströme auf die EG-Märkte in Gang gesetzt. Im Jahr 1983 gingen bereits 58,9 Prozent der portugiesischen Ausfuhren in die Gemeinschaft.³⁹⁾ Insofern vollzog der offizielle Beitritt also nur längst schon vorhandene wirtschaftliche Realitäten nach. Zugespielt lässt sich formulieren, dass Portugal bei den Sekundäreffekten der Integration (EG-Transferzahlungen) zwar massiv profitierte, bei den ökonomisch wichtigeren langfristigen Primäreffekten (Import-Export-Entwicklung) aber als Verlierer hervorging.⁴⁰⁾

Dennoch überwiegen letztendlich die positiven Folgen des EG-Beitritts. Die Kosten eines Nicht-Beitritts wären ungleich höher gewesen und hätten zur wirtschaftlichen und politischen Marginalisierung des Landes geführt. Ohne die Kapitalimporte, die direkt von der EG kamen oder durch den Beitritt stimuliert wurden, wäre die dringend notwendige Mo-

36) Zum Vergleich: Spanien 1 : 1,5, Griechenland 1 : 4,5. Vgl. Wolfgang Merkel und Volker Stiehl, „Das politische System Portugals“, S. 615.

37) Vgl. Fabian Bornhorst, „Die Wirtschaft Portugals im Überblick: Grundlagen, Daten, Zusammenhänge, Perspektive“, in: Dietrich Briesemeier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 31.

38) Vgl. Wolfgang Merkel, „Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt“, S. 14.

39) Vgl. Ders. und Volker Stiehl, „Das politische System Portugals“, S. 614.

40) Vgl. Ders., „Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt“, S. 14.

dernisierung der Wirtschaft in diesem Maße kaum möglich gewesen. Im Zuge des Modernisierungsprozesses mussten der Bevölkerung auch soziale Lasten aufgebürdet werden, die unter Verweis auf die Vorgaben der EG und die Beitrittskriterien leichter legitimiert werden konnten. Zum sozialen Frieden trug auch die im EU-Vergleich relativ niedrige Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent (1987–1992)⁴¹⁾ bei. Aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums nach dem Beitritt konnte der portugiesische Arbeitsmarkt die durch den Modernisierungsprozess wegfallenden Arbeitsplätze an anderer Stelle rasch wieder bereitstellen. Der Beitritt wirkte sich so über die positive wirtschaftliche Entwicklung auch stabilisierend auf die Gesellschaft aus. In politischer Hinsicht führte die feste Einbindung Portugals in die Gemeinschaft damit zu einer Festigung des demokratischen Systems.

41) Vgl. Ders. und Volker Stiehl, „Das politische System Portugals“, S. 615.

42) Ralf Sänger, *Portugals langer Weg*, S. 378.

43) Vgl. ebd.

■ Von Föderalismus keine Spur – Portugal als zentraler Einheitsstaat

Über die positiven wirtschaftlichen und politischen Folgen hinaus hatte die Aufnahme in die europäische Gemeinschaft auch Auswirkungen auf einem ganz anderen Gebiet. Im Zuge der Anpassung an die Gemeinschaft entbrannte in Portugal eine Debatte über die territoriale Organisation des Staates, die lange vernachlässigt worden war. Denn nach der Revolution und während des Demokratisierungsprozesses war es versäumt worden, die zentralistischen Strukturen des autoritären *Estado Novo* zu reformieren. „Die politische Macht wurde nicht dezentralisiert, sondern die zentralistische Ordnung blieb prägendes Merkmal des politischen Systems.“⁴²⁾ Der Zentralismus spiegelte sich auch in der Personalausstattung der öffentlichen Verwaltung wieder. 1981 waren 65 Prozent aller Beamten in Lissabon und Porto beschäftigt; 82 Prozent aller Verwaltungsangestellten arbeiteten 1983 in der Zentralverwaltung.⁴³⁾ Trotz verschiedener Initiativen, und obwohl Art. 256 der portugiesischen Verfassung die Einrichtung von Verwaltungsregionen vorsah, ist eine Regionalisierung bis heute ausgeblieben. Portugal stellt sich heute als Einheitsstaat dar, der lediglich den Inselgruppen Madeira und Azoren aufgrund ihrer besonderen geographischen, sozialen, wirtschaftlichen und historischen Gegebenheiten den Status einer regionalen Autono-

mie zugesteht. Die autonomen Regionen verfügen über eigene Regierungen und Parlamente, die Gesetze zu regionalspezifischen Themen beschließen können. Der Regierungspräsident ist dem Regionalparlament verantwortlich und wird formell vom „Minister der Republik“ berufen. Dieser fungiert gewissermaßen als „Aufpasser“ des Zentralstaats und überwacht, ob das Handeln von Regionalregierung und Regionalparlament im Einklang mit der Verfassung steht.⁴⁴⁾ Das Parteiensystem in den autonomen Regionen gleicht dem nationalen, da die portugiesische Verfassung keine eigenständigen Regionalparteien zulässt. Allerdings haben sich die regionalen Parteiorganisationen gegenüber ihrer jeweiligen Landespartei eine erhebliche Unabhängigkeit bewahrt. Ihre Abgeordneten im nationalen Parlament stimmen nicht selten gegen die eigene Fraktion.

Auf dem Festland hingegen existiert zwischen kommunaler und nationaler Ebene keine regionale Gebietskörperschaft. Das stärkt zwar einerseits die Bedeutung der lokalen Ebene, andererseits steht aber auch diese in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zur Zentralgewalt. Ihr politischer Gestaltungsspielraum ist beschränkt und umfasst in erster Linie Aufgabenfelder wie Stadtplanung und infrastrukturelle Maßnahmen. Auch finanziell sind die Kommunen auf den Zentralstaat angewiesen, der ihnen über einen Fonds den Großteil ihrer finanziellen Mittel zuweist. Weniger als 30 Prozent ihres Finanzbedarfs können die Gemeinden durch lokale Steuern selbst decken.⁴⁵⁾ Die kommunale Selbstverwaltung gliedert sich in zwei Ebenen, die *Municípios* (Kommunen) und die *Freguesias* (Stadtteile bzw. kleinere Kommunen). Beide verfügen über eigene Parlamente und Exekutiven, deren politische Bedeutung aufgrund der beschriebenen Abhängigkeit vom Zentralstaat allerdings gering ist.

Wegen der fehlenden Möglichkeiten zur Selbstbestimmung auf einer subnationalen Ebene fühlen sich viele Bürger vom politischen Prozess ausgeschlossen. Das äußert sich zunehmend in einer wachsenden Kluft zwischen politischer Klasse und Bevölkerung sowie der zunehmenden Politikmüdigkeit der Bürger.⁴⁶⁾ Mit dem Beitritt zur Gemeinschaft entbrannte eine Debatte über Dezentralisierung und die Schaffung von Regionen mit politischen Befugnissen, die

44) Vgl. Wolfgang Merkel und Volker Stiehl, „Das politische System Portugals“, S. 612.

45) Vgl. Ralf Säger, *Portugals langer Weg*, S. 380.

46) Vgl. ebd. S. 382.

sehr kontrovers geführt wurde. Für die Dezentralisierung waren vor allem die Sozialistische Partei (PS) sowie die Grünen und Kommunisten. Letztere hofften, auf diese Weise in Regionen, in denen sie traditionell stark vertreten waren, mehr politischen Spielraum zu gewinnen. Das konservative Lager befürwortete die Zentralisierung. Der Partido Popular (PP) warnte, dass eine Dezentralisierung „das Land in Stücke brechen“ könnte.⁴⁷⁾ Andere argumentierten, dass dem bürokratischen Wasserkopf nur noch eine zusätzliche bürokratische Ebene hinzugefügt würde, oder befürchteten, dass durch die Schwächung der Zentralgewalt die Grenzregionen unter den Einfluss ihrer spanischen Nachbarregionen geraten könnten.⁴⁸⁾ Die Befürworter hielten dem entgegen, dass eine Dezentralisierung den Bürgern mehr Möglichkeiten zur Beteiligung am politischen Prozess böte und die Asymmetrien zwischen dem bevölkerungsarmen, rural geprägten Inland und den dicht bevölkerten, wohlhabenden Küstenregionen abmildern könnte. Nach langem Tauziehen wurde 1991 zwar ein Regionalisierungsgesetz verabschiedet, welches die Einrichtung von Regionen mit weitreichenden Befugnissen regelte. Dessen Implementierung steht allerdings bis heute aus. Schließlich wurde die Frage 1998 in einem Referendum dem Volk zur Entscheidung vorgelegt.⁴⁹⁾ Im Referendum vom 8. November siegten die von PP und PSD angeführten Gegner der Regionalisierung mit 63,5 Prozent der Stimmen. Allerdings verfehlte die Volksabstimmung mit 48,5 Prozent das von der Verfassung vorgeschriebene Quorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten, so dass das Ergebnis keine rechtliche Bindung besitzt. Die Frage bleibt also weiter offen. Dennoch offenbarte das Referendum, dass den Portugiesen grundsätzlich an föderalen Strukturen, wie sie in anderen europäischen Ländern selbstverständlich sind, nicht gelegen ist. Das mag auch daran liegen, dass das Land – bei allen sozioökonomischen und politischen Unterschieden zwischen Nord und Süd bzw. Küste und Hinterland – auch im Bewusstsein seiner Bürger zu den ältesten und homogensten Staatsnationen Westeuropas zählt.⁵⁰⁾ Föderale Konzepte, deren Funktion ja gerade in der „Integration heterogener Gesellschaften“ liegt⁵¹⁾, konnten daher in Portugal bisher keine allzu große Anziehungskraft entwickeln.

47) Vgl., Álvaro de Vasconcelos, „Portugal“, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Bonn 1999, S. 170.

48) Vgl. ebd.

49) Vgl. hierzu, Carlos E. Pacheco Amaral, „Regionalisierungsprozesse und das Referendum über die Regionalisierung in Portugal 1998“, in: *Jahrbuch des Föderalismus*, Bd.2/2001, Baden Baden 2001, S. 265ff.

50) Vgl. Walther L. Bernecker, „Spanien und Portugal zwischen Regime-Übergang und stabilisierter Demokratie“, S. 28.

51) Vgl. Rainer Olaf Schultze, Art. „Föderalismus“, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn 1998, S. 155.

■ Die Position Portugals in der Finalitätsdebatte der EU

Bei der Debatte um die Zukunft der europäischen Union möchte Portugal „in der ersten Reihe stehen“⁵²⁾. Man ist sich der enormen Bedeutung der Aufnahme in die Gemeinschaft 1986 für den eigenen Demokratisierungsprozess und wirtschaftlichen Aufschwung wohl bewusst. Dass Portugal von der Mitgliedschaft finanziell stark profitiert, ist unbestritten. Deshalb sieht sich die portugiesische Regierung aber nicht verpflichtet, im Gegenzug eigene Interessen bei der aktuellen Debatte hinten anzustellen. Grundsätzlich steht Portugal der geplanten Vertiefung und Erweiterung der EU eindeutig positiv gegenüber. Es versucht sich an diesem Prozess möglichst aktiv zu beteiligen und die eigenen nationalen Interessen in die Diskussion um die anstehenden Reformprojekte einzubringen.

Eine Föderation von Nationalstaaten

Zieht man bei der Beurteilung der Position eines Landes in der Finalitätsdebatte die jeweiligen nationalen Strukturen als Maßstab heran, so muss es im Falle Portugals erstaunen, dass ein Staat, der selbst auf föderale Elemente weitgehend verzichtet, seit einiger Zeit als Verfechter eines föderalen Modell für das zukünftige Europa auftritt. Als der deutsche Außenminister Fischer im Mai 2000 an der Humboldt-Universität in Berlin die Föderalismusdebatte anstieß, reagierte die portugiesische Regierung zunächst noch sehr zurückhaltend. Dies lag zum einen daran, dass Portugal in der ersten Jahreshälfte 2000 die Ratspräsidentschaft innehatte und daher auf Neutralität bedacht war. Zum anderen äußerten portugiesische Kommentatoren kritisch, dass Fischers Konzept einer Föderation auf ein zweigeteiltes Europa hinauslaufen könnte. Man befürchtete das Abkoppeln eines Kerneuropas ohne Portugal vom Rest und den Verbleib in einem Europa zweiter Klasse. Seit 2001 vertritt das Land jedoch offensiv die Idee einer föderalen Gestalt für das Europa der Zukunft. Ziemlich genau ein Jahr nach Fischer nahm der damalige portugiesische Ministerpräsident Antonio Guterres ebenfalls an der Berliner Humboldt-Universität Stellung zur Zukunft der EU. Er sprach sich für die Entwicklung einer föderalen Regierungsstruktur aus, mahnte aber, dass

52) Antonio Guterres, Rede vor dem portugiesischen Parlament, 31.Mai 2001, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.

- 53) Antonio Guterres, Rede an der Humboldt-Universität in Berlin, 7. Mai 2001, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- 54) Antonio Guterres am 31. Mai 2001 im portugiesischen Parlament.
- 55) Vgl. Jorge Sampaio, portugiesischer Staatspräsident, Rede am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, 04. Oktober 2002, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- 56) Antonio Guterres am 31. Mai im portugiesischen Parlament.
- 57) Vgl. Jorge Sampaio, portugiesischer Staatspräsident, Rede an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Coimbra, 01. März 2002, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- 58) Vgl. ebd.

dies einen gleichwertigen wirtschaftlichen Sprung mit sich bringen müsste. Ohne einen starken föderalen Haushalt könne es auch keine föderale Regierung geben.⁵³⁾ Zwei Wochen später fand er im portugiesischen Parlament noch deutlichere Worte und warnte vor einer „Mystifizierung des europäischen Föderalismus“⁵⁴⁾. Er wandte sich gegen ein scheinbar föderales Modell, bei dem den europäischen Institutionen Zuständigkeiten entzogen und Europa ausgehöhlt würde. Er lehnte jegliche Renationalisierung von Gemeinschaftspolitiken ab, die teilweise von anderen Regierungen – insbesondere der deutschen – ins Spiel gebracht worden war. Eine Rückverlagerung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsionspolitiken auf die nationale Ebene kommt für Portugal nicht in Frage. Ganz im Gegenteil möchte Portugal die Zuständigkeiten der europäischen Ebene erweitern. Unter den Schlagworten „Solidarität“ und „sozialer Zusammenhalt“ der Gemeinschaft werden vor allem mehr Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik für die europäische Ebene gefordert.⁵⁵⁾ Wenngleich das Land nunmehr für einen „wahrhaften Föderalismus“⁵⁶⁾ eintritt, hegt es stets auch die Befürchtung, dass eine Föderalisierung der Gemeinschaft gleichzeitig zur Marginalisierung der kleinen Mitgliedsstaaten führen könnte. Deswegen betont man im selben Atemzug, dass die zukünftige europäische Ordnung, gleich welcher Art, auf dem Prinzip der Gleichheit aller Staaten aufbauen müsse. Die Formel, die dafür gefunden wurde, klingt paradox – „eine Föderation von Nationalstaaten“. Man versucht damit der portugiesischen Vorstellung Ausdruck zu verleihen, dass Europa zwar mehr sein soll als ein Staatenbund, aber weniger als ein Bundesstaat.⁵⁷⁾ Das portugiesische Staatsoberhaupt definiert die „Föderation von Nationalstaaten“ als die Nationalstaaten plus eine europäische Verfassung, eine europäische Bürgerschaft, eine europäische Demokratie, ein europäisches soziales Modell, europäische Gemeinschaftspolitiken, die die Einhaltung der Prinzipien Solidarität und Zusammenhalt sicherstellen, eine reale Konvergenz der Wirtschaften, eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik sowie einen europäischen Raum der Sicherheit und des Rechts. Dieses Gebilde müsse zudem eine Gemeinschaft von Gleichen sein, unabhängig von ihrer Bevölkerung und Größe.⁵⁸⁾ Gestützt

wird diese Position auch aus der Wissenschaft. In einer Studie stellt der portugiesische Wirtschaftswissenschaftler Rui Henrique Alves fest, dass herkömmliche Föderalismuskonzepte auf die EU nicht angewendet werden können, da die Gemeinschaft schon heute in Teilbereichen föderalen Strukturen ähnelt, auf anderen Feldern aber weit von diesem Modell entfernt ist. Er kommt daher zu dem Schluss, dass „federalism in Europe would assume an ‚original‘ form, probably looking like a ‚Federation of Nation-States‘.“⁵⁹⁾

Die institutionelle Ausgestaltung des portugiesischen Modells

Das Konzept einer „Föderation von Nationalstaaten“ erfordert institutionelle Anpassungen. Die einzige Möglichkeit, das Prinzip der Gleichheit der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten, ist nach Ansicht Portugals ein Zweikammersystem. Dem Parlament, dessen Mitglieder von den Bürgern der Gemeinschaft direkt gewählt werden, soll eine zweite Kammer zur Seite gestellt werden, in dem die Staaten paritätisch vertreten sind. Die Mitglieder dieses „Senats“ könnten von den nationalen Regierungen oder den nationalen Parlamenten bestellt werden. Während Staatspräsident Sampaio diese Möglichkeiten offen lässt⁶⁰⁾, spricht sich der neue Regierungschef Barroso für letzteres aus.⁶¹⁾ Die zweite Kammer könnte auch das – aus portugiesischer Sicht – zu hohe Gewicht des demographischen Faktors korrigieren, das der Stimmengewichtung im Rat und der Sitzverteilung im Parlament zugrunde liegt. Jegliche Entwicklungen, die zu einem Direktorium der großen Staaten führen könnten, werden von portugiesischer Seite strikt abgelehnt. Besonders die Idee, die halbjährlich rotierende EU-Ratspräsidentschaft durch das Amt eines „Präsidenten der EU“ zu ersetzen, stößt auf erheblichen Widerstand. Ministerpräsident Barroso meint dazu: „better a Europe without president than a President without Europe“.⁶²⁾ Seiner Ansicht nach würde die Einrichtung eines solchen Amtes die intergouvernementale Dimension der EU zu Lasten der supranationalen Elemente – vor allem Parlament und Kommission – stärken und das Gleichheitsprinzip eklatant verletzen. Portugal hält das System rotierender Präsidentschaften auch nach der Erweiterung für

59) Rui Henrique Alves, *From Single Currency to Political Union?*, Porto 2001, zitiert nach einer Internetfassung unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.

60) Vgl. Jorge Sampaio, Rede am Europäischen Hochschulinstitut.

61) Vgl. Wahlprogramm des PSD, S.178.

62) Durão Barroso, Rede auf dem Franz Joseph Strauß-Symposium 2002 der Hanns-Seidel-Stiftung, München 5. Juli 2002, zitiert nach einer über die Portugiesische Botschaft bezogenen Fassung.

praktikabel und möchte es grundsätzlich aufrechterhalten.

Das Gleichheitsprinzip möchte Portugal auch bei der Besetzung der Kommission anwenden.⁶³⁾ Es fürchtet, dass eine Verkleinerung derselben auf eine Benachteiligung der kleinen Staaten hinauslaufen könnte. Die Stellung der Kommission möchte Portugal auch in Zukunft gestärkt wissen. Sie soll weiterhin über das alleinige Initiativrecht in den Gemeinschaftspolitiken verfügen. Von einigen Ausnahmen in besonders sensiblen Bereichen abgesehen, soll dieses Recht auch auf Politikfelder der zweiten und dritten Säule ausgedehnt werden.⁶⁴⁾ Portugal möchte eine „starke, mit wirklichen politischen Verantwortlichkeiten ausgestattete Kommission, eingerichtet vergleichbar einer Exekutive, mit einem Präsidenten mit weitreichenden Befugnissen und dem Parlament gegenüber verantwortlich“⁶⁵⁾.

Was die Entscheidungsprozesse im Ministerrat angeht, fordert Portugal, die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit auszudehnen, das nationale Veto in sensiblen Bereichen aber aufrechtzuerhalten.⁶⁶⁾ Die Ausweitung dieses Abstimmungsmechanismus auf fast alle Politikbereiche würde auch die komplizierte Drei-Säulen-Konstruktion der EU überflüssig machen. Anders als viele Stimmen, die in diesem Zusammenhang auch die Mitentscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments ausweiten wollen, hält sich Portugal mit diesbezüglichen Forderungen auffällig zurück. Dies liegt wohl daran, dass Portugal aufgrund der Abgeordnetenverteilung im Parlament weniger Einflussmöglichkeiten hat als im Rat. Eine Stärkung der Stellung des Parlaments gegenüber dem Rat läge daher nicht unbedingt in seinem Interesse.⁶⁷⁾

Dem Instrument der verstärkten Zusammenarbeit begegnet Portugal mit Misstrauen. Die Furcht, von einer „Avantgarde“ oder einem „Gravitationszentrum“ abgekoppelt zu werden, ist groß. Außerdem sieht man die Gefahr, dass es auf diesem Umwege letztendlich doch zu einem Direktorium der großen Staaten innerhalb der Union kommen könnte.⁶⁸⁾ Deswegen möchte man diesen Mechanismus auf Ausnahmen beschränkt wissen. Außerdem müsste diese „Avantgarde“ grundsätzlich jedem Mitgliedsstaat offenstehen. Das kleine Land ist stolz, Mitglied der Währungsunion und des Schengener Raums zu sein;

63) Vgl. Wahlprogramm des PSD, S. 178.

64) Vgl. Durão Barroso, Rede auf dem Franz Joseph Strauß-Symposium 2002.

65) Jorge Sampaio, Rede anlässlich einer Diskussionsversammlung mit portugiesischen Jugendlichen zur Zukunft Europas, Lissabon 5. Dezember 2001, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.

66) Vgl. Durão Barroso, Rede auf dem Franz Joseph Strauß-Symposium 2002.

67) Vgl. Fabian Bornhorst, „Der internationale Kontext der Demokratisierung in Portugal: die Außenpolitik eines kleinen Landes mit großer Geschichte am Rande Europas“, in: Dietrich Briese-meier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 266.

68) Vgl. Maria do Rosário de Moras Vaz, Art. „Portugal“, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000*, Bonn 2000, S. 376.

es begreift sich als Mitglied des inneren Kreises der Gemeinschaft. Ein Kerneuropa ohne Portugal ist für die Portugiesen daher undenkbar.

■ Bewertung des portugiesischen Konzepts und Fazit

Was den Nutzen der Mitgliedschaft und die Rolle Portugals in der Europäischen Union anbelangt, herrscht in Portugal ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens. Die EU erzielt bei allen Umfragen des Eurobarometers vergleichsweise hohe Zustimmungsraten in der Bevölkerung. Laut Eurobarometer 57 halten 62 Prozent der Portugiesen die Mitgliedschaft für eine gute Sache, 69 Prozent glauben, dass ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert.⁶⁹⁾ Die großen Parteien stimmen in ihrer Haltung zur EU überein. Auch in der Finalitätsdebatte hat sich der Standpunkt Portugals durch den Regierungswechsel im Frühjahr diesen Jahres nicht verschoben. Ganz im Gegenteil kommt man nach Analyse der Reden von Staatspräsident Sampaio (PS), des alten Ministerpräsidenten Guterres (PS) und des neuen Regierungschefs Barroso (PSD) zu dem Schluss, dass die Positionen in der Zukunftsdebatte der EU nahezu deckungsgleich sind. Diese Übereinstimmung geht bis hin zu gleichlautenden Formulierungen. Daher lässt sich aus den Reden der Vertreter verschiedener Parteien dennoch ein sehr einheitliches Bild der portugiesischen Haltung herauschälen.

Was dabei auf den ersten Blick verwundert, ist, dass sich Portugal trotz seiner Tradition als zentraler Einheitsstaat einer substanziellen föderalen Reform der EU nicht versperren würde – vorausgesetzt, diese brächte entsprechende institutionelle Änderungen mit sich und würde nicht zu einem Übergewicht der großen Staaten führen.⁷⁰⁾ Für Portugal ist klar, dass es ein föderales europäisches Regierungssystem ohne umfangreichen föderalen Haushalt und ausgeprägte föderale Zuständigkeiten nicht geben kann. Die Prinzipien „Solidarität“ und „sozialer Zusammenhalt“ müssen in der Union auch in Zukunft an erster Stelle stehen. Das bedeutet, dass es zu keiner Rückverlagerung von Gemeinschaftspolitiken auf die nationale Ebene kommen darf. Statt dessen sollen zusätzliche Politikfelder wie z.B. die Sozialpolitik auf die europäische Ebene gehoben werden.

69) Vgl. Europäische Kommission, Generaldirektorat für Presse und Kommunikation, Eurobarometer 57 (Frühjahr 2002).

70) Vgl. Maria do Rosário de Moras Vaz, Art. „Portugal“, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001*, Bonn 2001, S.383. 72 Vgl. Rainer Olaf Schultze, Art. „Föderalismus“, Schema auf S. 156.

Hinter diesem Bekenntnis zu einem europäischen föderalen Modell steht jedoch nicht nur Idealismus. Dahinter verbergen sich ebenso die handfesten finanziellen Interessen eines Landes, das bisher von der EU und der Solidarität seiner Mitglieder entscheidend profitieren konnte. Im Zuge der bevorstehenden Osterweiterung wird Portugal – aufgrund statistischer Effekte – zu den wohlhabenderen Staaten der Union aufschließen und damit finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Dass sich das Land aus diesem Grund der historischen Aufgabe der Wiedervereinigung Europas dennoch nicht verschließen kann, ist klar. Die Osterweiterung wird deshalb auch von portugiesischer Seite begrüßt; man versucht aber gleichzeitig, die daraus folgenden finanziellen Lasten anderen aufzubürden. Unter dem „Deckmantel“ des Föderalismus verfolgt Portugal das Ziel, kostenintensive Politiken wie Agrar- oder Sozialpolitik nach Europa zu „exportieren“ oder zumindest nicht zu „reimportieren“.

Was die institutionellen Vorschläge betrifft, sind sie deutlich von der Furcht vor einer Marginalisierung der kleinen Staaten in der Union geprägt. Aus Angst vor Einflussverlust ist Portugal weder bereit, auf einen Kommissar zu verzichten, noch am System der rotierenden Ratspräsidentschaften zu rütteln. Die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments hat für Portugal keine Priorität, da es dort nur über wenig Einfluss verfügt. Gewünscht wird dagegen eine zweite Kammer, in der die Staaten paritätisch vertreten sind. Die Gleichheit aller Staaten, unabhängig von Größe und Bevölkerungszahl, wird von Portugal zum obersten Prinzip erhoben. Nur wenn sich dieses Prinzip entsprechend in der institutionellen Gestalt der zukünftigen Union niederschlägt, glaubt Portugal, seine Interessen ausreichend wahren zu können.

Mir der Schaffung einer „Föderation von Nationalstaaten“, die weder Bundesstaat noch Staatenbund ist, fordert Portugal eine Föderalisierung der Union, die aber ausreichend „institutionelle Hintertürchen“ beinhaltet, um bei Bedarf „zentripedalen Kräften“⁷¹⁾ wirksam Einhalt gebieten zu können. Das Land möchte auch in Zukunft einen starken Einfluss der Nationalstaaten gewahrt wissen. Mit seinem Konzept nimmt Portugal in der europäischen Finalitätsdebatte eine Position ein, wie sie von einem typischen Vertre-

71) Vgl. Rainer Olaf Schultze, Art. „Föderalismus“, Schema auf S. 156.

ter der kleinen Mitgliedstaaten und Nettoempfänger in der EU kaum anders zu erwarten ist.

■ Literaturverzeichnis

- Alves, Rui Henrique: *From Single Currency to Political Union?*, Porto 2001, zitiert nach einer Internetfassung unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- Amaral, Carlos E. Pacheco: „Regionalisierungsprozesse und das Referendum über die Regionalisierung in Portugal 1998“, in: *Jahrbuch des Föderalismus*, Bd.2/2001, Baden Baden 2001, S. 265–272.
- Barroso, Durão, Ministerpräsident Portugals, Rede auf dem Franz Joseph Strauß-Symposium 2002 der Hanns-Seidel-Stiftung, 5. Juli 2002, zitiert nach einer über die Portugiesische Botschaft bezogenen Fassung.
- Bernecker, Walther L.: „Spanien und Portugal zwischen Regime-Übergang und stabilisierter Demokratie“, in: *ApuZ*, Bd.51, 1990, S.15–28.
- Bolesch, Cornelia: „Die Akte Portugal, Wenn die EU nicht aufpaßt, wird der Haushaltssünder Lissabon Nachahmungstäter finden“, in: *SZ*, Ausgabe vom 26.07.02.
- Bornhorst, Fabian: „Die Wirtschaft Portugals im Überblick: Grundlagen, Daten, Zusammenhänge, Perspektive“, in: Dietrich Briesemeier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 15–94.
- Bornhorst, Fabian: „Der internationale Kontext der Demokratisierung in Portugal: die Außenpolitik eines kleinen Landes mit großer Geschichte am Rande Europas“, in: Dietrich Briesemeier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 247 bis 288.
- Europäische Kommission, Generaldirektorat für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten, Bericht *European Economy, Public finances in EMU*, Nr. 3/2002, Portugal, S. 183–186.
- Europäische Kommission, Generaldirektorat für Presse und Kommunikation, Eurobarometer 57 (Frühjahr 2002).
- „Im Land des höchsten Staatsdefizits herrscht Katerstimmung“, in: *FAZ*, Ausgabe vom 06.09.02, S. 14.

- German, Christiano: „Portugal: Vom ‚revolutionären Laboratorium für Europa‘ in die Spitzengruppe der Euro-Kandidaten“, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 3/1997, S. 863–884.
- Guterres, Antonio, ehemaliger Ministerpräsident Portugals, Rede vor dem portugiesischen Parlament, 31. Mai 2001, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- Guterres, Antonio, ehemaliger Ministerpräsident Portugals, Rede an der Humboldt-Universität in Berlin, 7. Mai 2001, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- Merkel, Wolfgang: „Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt 1993. Griechenland, Portugal und Spanien auf dem Weg zurück nach Europa“, in: *ApuZ*, Bd. 51, 1990, S. 3–14.
- Merkel, Wolfgang und Stiehl, Volker: „Das politische System Portugals“, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 1999, S. 589–618.
- Moras Vaz, Maria do Rosário de: Art. „Portugal“, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000*, Bonn 2000, S. 373–377.
- Moras Vaz, Maria do Rosário de: Art. „Portugal“, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001*, Bonn 2001, S. 381–384.
- Oliveira Marques, A.H. de: *Geschichte Portugals und des Portugiesischen Weltreichs*, Deutsche Übersetzung von Michael von Killisch-Horn, Stuttgart 2001.
- Partido Social Democrata (PSD), Wahlprogramm für die Parlamentswahlen 2002, Kapitel „Recolocar Portugal no centro da construção europeia“, S.173–179, im Internet abrufbar unter <<http://www.psd.pt>>.
- Rahden, Manuel von: „Portugiesische Zeitgeschichte: von der Nelkenrevolution bis zum Jahr 1997“, in: Dietrich Briesemeier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 213–245.
- Rosas, Fernando (Hrsg.): *Vom Ständestaat zur Demokratie, Portugal im 20. Jahrhundert*, München 1997.

- Sampaio, Jorge, portugiesischer Staatspräsident, Rede anlässlich einer Diskussionsversammlung mit portugiesischen Jugendlichen zur Zukunft Europas, Lissabon 5. Dezember 2001, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- Sampaio, Jorge, portugiesischer Staatspräsident, Rede an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Coimbra, 01. März 2002, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- Sampaio, Jorge, portugiesischer Staatspräsident, Rede am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, 04. Oktober 2002, zitiert nach einer Internetfassung der Rede unter: www.europa.eu.int/futurum/congov_de.htm#portugal, Stand 13.10.02.
- Sänger, Ralf: *Portugals langer Weg nach „Europa“, Die Entwicklung von einem autoritär-korporativen Regime zu einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie*, Frankfurt a.M. 1994.
- Schönberger, Axel: „Die portugiesische Geschichte von den Anfängen bis zur Nelkenrevolution im Abriß“, in: Dietrich Briesemeier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 119–158.
- Schönberger, Axel: „Portugals Übergang zur Rechtsstaatlichkeit: Entstehung und Entwicklung der Verfassung“, in: Dietrich Briesemeier und Axel Schönberger (Hrsg.), *Portugal heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M. 1997, S. 187–211.
- Schultze, Rainer Olaf: Art. „Föderalismus“, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn 1998, S. 155–164.
- Vasconcelos, Álvaro de: „Portugal“, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Bonn 1999, S. 163–171.
- Wittelsbürger, Helmut: „Regierungswechsel in Portugal – Trend zu konservativen Parteien in Europa setzt sich fort“, in: *KAS Auslandsinformationen*, 4/2002, S. 41–51.